

## **Gleisüberschreitung in Niederweimar: Bußgeld für 21-Jährigen**

Bundespolizei ahndet Gleisüberschreitung am Haltepunkt Niederweimar – Sicherheitsrisiken und Maßnahmen im Fokus.

*Niederweimar (Landkreis Marburg-Biedenkopf) – Die Bundespolizei hat am 29. August eine strenge Maßnahme gegen unbefugtes Betreten von Gleisen ergriffen. Um 16:10 Uhr wurde ein 21-jähriger Mann aus Marburg auf frischer Tat ertappt, als er die Gleise am Haltepunkt Niederweimar illegal überquerte.*

Diese Kontrolle ist Teil einer präventiven Maßnahme der Bundespolizei, die aufgrund gehäufter Gleisüberschreitungen in der Region durchgeführt wurde. Viele Menschen nutzen diese Strecke als „Abkürzung“, um schneller zum nahegelegenen Niederweimarer See oder in das Dorf zu gelangen. Die Gefahren des Gleisbereichs werden oft unterschätzt, und die Polizei möchte auf die extremen Risiken dieser Entscheidungen aufmerksam machen. Ein tragisches Beispiel dafür ist der Fall einer 22-jährigen Frau, die 2020 von einem Zug erfasst wurde und an der Unfallstelle verstarb.

### **Risiken und Konsequenzen**

Bei der polizeilichen Kontrolle zeigte sich der junge Mann uneinsichtig und weigerte sich, das verhängte Verwarngeld direkt vor Ort zu bezahlen. Dies führt dazu, dass nun ein Bußgeldverfahren gegen ihn eingeleitet wird. Solche Maßnahmen sind nicht nur wichtig für die Sicherheit der Personen, die die Gleise überschreiten, sondern auch für die

Zugverbindungen selbst. Wenn sich Menschen im Gleisbereich aufhalten, müssen die Züge anhalten oder Bremsmanöver durchführen, was unweigerlich zu Verspätungen führt. Diese Verspätungen verursachen nicht nur Frustration bei den Reisenden, sondern auch wirtschaftliche Verluste für die Verkehrsunternehmen.

Die Bundespolizei weist darauf hin, dass die Gefahr durch Züge real und ernst zu nehmen ist. Moderne Züge, sowohl Reise- als auch Güterzüge, bewegen sich nahezu lautlos und können Geschwindigkeiten von bis zu 250 Kilometer pro Stunde erreichen. Dies bedeutet, dass, wenn man einen Zug in der Ferne sieht, oft bereits der richtige Zeitpunkt zum Reagieren vertan ist. Überdies beträgt der Bremsweg eines Zuges im Durchschnitt bis zu 1000 Meter, was die Notwendigkeit unterstreicht, die Gleise niemals ohne Erlaubnis zu betreten.

Die Gesetzgebung sieht strenge Maßnahmen gegen solche Ordnungswidrigkeiten vor. Verursacher können nicht nur mit Geldbußen rechnen, sondern auch mit Schadenersatzforderungen von Verkehrsunternehmen, die bis zu 30 Jahre nach einem Vorfall geltend gemacht werden können. In einigen Fällen könnte der Verursacher sogar die Kosten für den Einsatz der Polizei tragen müssen, was die finanziellen Risiken einer solchen Handlung erheblich erhöht.

Die Bundespolizei hofft, dass durch die regelmäßigen Kontrollen und angemessenen Strafmaßnahmen das Bewusstsein für die Gefahren des Gleisbereichs geschärft wird. Präventionsarbeit ist hierbei unerlässlich, um künftige Unfälle zu verhindern und sowohl Menschenleben als auch die Integrität des Zugverkehrs zu schützen.

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**